



Nr. 286.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

93. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Im Oberamtsbezirk Calw für die einseitige Seite 12 Pfg., außerhalb desselben 15 Pfg., Westfalen 20 und 25 Pfg. Schluß der Anzeigenannahme 6 Uhr vormittags. Fernsprecher 4.

Donnerstag, den 5. Dezember 1918.

Bezugspreis: In der Stadt mit Traglohn Wfr. 2,25 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- und Nachbortortbezirk Wfr. 2,15, im Fernverkehr Wfr. 2,25, Befreiung in Württemberg 30 Pfg.

Die Vorbereitungen der Entente für die Friedenskonferenz.

Wie alle politischen Geschäfte der Entente den Charakter peinlichster Durcharbeitung und Ueberlegung tragen, so finden jetzt auch die Vorbereitungen zur Friedenskonferenz unter einem Regime statt, um die das arme zur Richterstätte geschleppte Deutschland die Ententevölker beneiden muß. Die englischen, französischen und italienischen Vertreter haben sich in London schon in großen Zügen über die Friedensbedingungen geeinigt. Daß nur die Vertreter dieser drei Festlandstaaten zur Friedensvorkonferenz zusammengetreten sind, scheint bei uns nicht beachtet worden zu sein. Reuter meldet nämlich, Oberst House, der Vertreter Wilsons, der sich zurzeit in London aufhält, sei „erkrankt“.

Die deutsche öffentliche Meinung nimmt diesen aufgelegten Schwindel offensichtlich anstandslos hin, wie man so manche feindliche Aufmachung seit Beginn des Krieges kritiklos hinnahm, weil sie seiner inszeniert war als die ehrliche plumpe deutsche Arbeit. Wir wetten 100 gegen 1, daß Oberst House sich pudelwohl fühlt, daß er aber zu der Konferenz nicht zugezogen wurde, weil man den Amerikanern die Verantwortung für die dortigen Beschlüsse, die wahrscheinlich bindend sein werden, nicht auferlegen will, und weil Wilson auch davon nichts wissen will, um sich nachher besser entschuldigen zu können, falls sein „Programm“ durch die Beschlüsse etwas beschädigt worden sein sollte. Auf diese Weise konnte man aber auch die Vertreter der anderen Alliierten, namentlich Japans und der Balkanverbündeten ausschließen. Es ist leicht zu erkennen, daß mit geheimer Zustimmung Wilsons den Japanern bedeutet werden soll, ihr habt nichts in die europäischen Angelegenheiten dreinzureden, und Wilson, der allzeit Vornehme, wird sich nach pathetischer Vertretung seiner Ideale mit dem Unvermeidlichen abfinden. So wird Japan kaltgestellt. Die Balkanvölker aber werden sich mit dem zufrieden geben haben, was man im Interesse des angelsächsisch-romanischen Bundes über ihre Gebietsverhältnisse beschließt. Das wird in einem regelrechten Kuhhandel durchgeführt werden, wobei sich die Ungarn und Bulgaren recht wesentlicher Gebietsabtretungen zu erfreuen haben werden, und die Tschechoslowaken und Polen wird man mit deutsch-österreichischem Gebiet beglücken, um sie dauernd mit Deutschland in Gegensatz zu halten. Nach dieser Richtung dürften zweifellos die Beschlüsse der Londoner Konferenz zustande gekommen sein. Wenn die südstaatlichen und Balkanstaaten politischen Blick besitzen, so werden sie sich klar darüber sein, daß Italien auf Kosten des Balkans und des südslawischen Sprachgebiets gestärkt werden wird, denn den künftigen europäischen „Völkerbund“ werden als Landpolizei die Romanen, als Meerespolizei die Angelsachsen kontrollieren. Was nun außer der Gebietsregelung in Europa die sonstigen politischen Maßnahmen anbelangt, so wird man sich darüber geeinigt haben, Deutschland wirtschaftlich und politisch derartig zu fesseln, daß eine Erstarkung des Landes in absehbarer Zeit nicht mehr befürchtet werden braucht. Daraus deuten schon die nachgelegten Neußerungen englischer und französischer Staatsmänner hin, die von einer schweren Bestrafung Deutschlands sprechen. Hat die Welt jemals ein widerlicheres und heuchlerischeres Gebaren gesehen! Wahrhaftig, man möchte an der Menschheit verzweifeln. Das Deutschland, das von Anfang an gegen eine ungeheure Uebermacht kämpfen mußte, — ein Beweis genug, daß es nur zur Verteidigung seines Lebens den Krieg führte — soll nun auch noch bestraft werden, weil es seine Existenz verteidigen wollte. Regt sich angesichts dieses brutalen Hohns nichts mehr in der deutschen Seele? Wir haben dokumentarische Beweise, daß Rußland den Krieg eröffnet hat, daß es schon seit Frühjahr mobilisiert hat, wir wissen, daß Frankreich unter allen Umständen den Russen Gefolgschaft zugesagt hatte, wir kennen auch die Eroberungsabsichten, deren Erfüllung man sich gegenseitig garantiert hatte, und trotzdem soll Deutschland Schuld an diesem Kriege haben. Unser Bündnis war nur auf Erhaltung

des Gebiets eingestellt, sonst hätte doch unser treuloher Bundesgenosse Italien sicherlich schon längst Enthüllungen gemacht. Daß wir nicht warten konnten, bis das gesamte russische Heer an unserer offenen Disgrenze angeammelt war, ist klar. Wir fragen aber heute den Führer des Strafgebänkens England: Wie kommt ihr dazu, uns zu verbieten, unser Leben zu verteidigen, (wenn wir auch formelle Fehler dabei gemacht haben) ihr, die ihr zwei Drittel der ganzen Welt durch offenbaren brutalen Raub euch angeeignet habt, und Millionen von Menschen gegen ihren Willen unter eurer blutigen Erobererfaust haltet! Ihr könnt uns heute zu Arbeitssklaven machen, ihr könnt es auch für Jahrzehnte, aber dauernd wird der angelsächsische „Völkerbund“ seinen Sklavendienst nicht aufrechterhalten können, dann aber wehe dir perfides Albion, wenn Hunderte von Millionen an deinem Jahrhundertlangen Nordsystem in Europa, in der ganzen Welt Rache nehmen, und wenn deine heutigen Freunde in Europa erkennen werden, daß du von jeher ihr größter Feind warst.

Deutschland muß bestraft werden.

London, 4. Dez. Das Reutersche Büro erfährt: Da infolge der Erkrankung des Obersten House Amerika bei den Konferenzen der Alliierten nicht vertreten war, muß über die Verhandlungen Stillschweigen bewahrt werden. Es steht aber fest, daß man zu einer vollständigen Einigung gelangt ist und mit Lloyd George und den richterlichen Beamten der Krone völlig darin übereinstimmt, daß Deutschland für seine „Missetaten“ büßen muß und daß die verantwortlichen Personen, ohne Rücksicht auf ihren Rang, vor Gericht gebracht und soweit wie möglich bestraft werden müssen. Die Londoner Beratungen werden zweifellos von großem Einfluß auf die Friedenskonferenz sein. — Ja, Deutschland wird bestraft, weil es nicht rechtzeitig den auf seine politische und wirtschaftliche Macht geplanten Raubüberfall erkannte.

Rotterdam, 5. Dez. Churchill erklärte in einer Wahlversammlung in Dundee, man brauche nicht zu fürchten, daß Deutschland mit einer leichten Strafe davonkommen werde. Die Strafe werde alles Bisherige an Schrecklichkeit übertreffen.

Ententesforderungen?

Amsterdam, 3. Dez. Der parlamentarische Mitarbeiter der „Daily News“ führt laut „Köln. Ztg.“ eine Reihe von Vorschlägen auf, die vom Verbands für den Friedensvertrag entworfen worden seien oder noch erwogen werden. 1. Leistung eines Schadenersatzes in bar (Verteilung auf eine Anzahl Jahre für die Verheerungen in Belgien und Nordfrankreich). Der Betrag würde sich auf 40—50 Milliarden stellen. 2. Die in diesen Gebieten zerstörten Häuser sind durch deutsche Arbeiter wieder aufzubauen, die auch die Straßen wiederherzustellen, Schlachtfelder umzugraben und das Metall zu sammeln haben werden; sie sollen durch die Verbandsmächte dazu aufgerufen werden. 3. Entschädigung für die Vernichtung von Schiffsraum entweder durch Vereinbarung zwischen den Mittelmächten und dem Verband dahin, daß die deutschen Schiffe dem Weltinteresse dienen oder auf deutschen Werften Schiffe für die brit. Kauffahrt gebaut werden. 4. Ein weiterer Schadenersatz in Geld für sonstige Verluste der Verbandsmächte. 5. Uebergabe des in Deutschland vorhandenen Goldes an den Verband. 6. Erhebung einer Abgabe von den deutschen Bergwerken während einer Anzahl Jahren. 7. Beaufsichtigung der deutschen Kolonalförderung durch den Verband. 8. Wiederherstellung des Schadens in Italien, Serbien und Rumänien.

Die Verklawung der deutschen Volkswirtschaft.

W.L.B. Spaa, 2. Dez. Der Vertreter der Transozeannachrichten-Gesellschaft meldet, die Finanzkommission der internationalen Waffenstillstandskommission unterzeichnete am 1. Dezember das Schlußprotokoll, in dem u. a. folgende Vereinbarungen mitgeteilt sind:

Die deutsche Regierung verpflichtet sich, keinerlei Maßnahmen zu ergreifen, welche geeignet sind, den fiskalischen oder privatwirtschaftlichen Besitz in irgend einer Weise zu vermindern, da dieser Besitz das gemeinsame

Unterpfand der Alliierten zur Deckung der Kriegsschäden bildet, auf die sie Anspruch haben. Weiter verpflichtet sich die deutsche Regierung, die Eisenbahnen, Kanäle, Wasserwerke, Forsten, sowie Unternehmungen kolonialwirtschaftlicher, industrieller und kommerzieller Art, welche ihr angehören oder an denen sie noch beteiligt ist, weder zu verkaufen, noch zu liquidieren, noch zu verpfänden. Ferner verpflichtet sich die deutsche Regierung, während der Dauer des Waffenstillstandes, und ohne den Bestimmungen vorzugreifen, welche für die Zukunft getroffen werden, kein Gold ausführen zu lassen oder eine Goldausfuhr vorzunehmen. Sollte sie sich unbedingt gezwungen sehen, für die normalen Bedürfnisse des Geschäftslebens von den Bestimmungen dieser Bedingungen abzuweichen, so muß sie hiervon die alliierten Regierungen vorher in Kenntnis setzen. Die deutsche Regierung verpflichtet sich weiter, außerhalb der normalen Bedürfnisse des Wirtschaftslebens aus den Beständen an Auslandswechseln, welche dem Reichsschatzamt oder der Reichsbank gehören oder sich in deren Eigenschaft als Devisenzentrale in ihrem Besitz befinden, keinerlei Uebertragung in das Ausland weder direkt noch durch Mittelspersonen vorzunehmen. Dieselbe Verpflichtung wird eingezogen für die ausländischen Effekten, die der deutschen Regierung oder der Reichsbank gehören oder ihr als Unterlagen für Lombardvorschüsse dienen. Jede Handlung, die dieser Verordnung widerspricht, wird von den Regierungen als unzulässig angesehen und die deutsche Regierung wird alle möglicherweise daraus zu ziehenden Folgen zu tragen haben. In bezug auf die Rückzahlung der nach Deutschland übergeführten Beträge aus dem Gebiete der Alliierten, welche im Waffenstillstandsvertrag vorgesehen werden, wird vereinbart, daß die Rückzahlung der aus Belgien und Nordfrankreich stammenden Geldsummen in derselben Währung geschieht, in der sie seinerzeit weggeführt wurden. In den Fällen, in denen dieses nicht möglich ist, soll die Rückzahlung in Mark erfolgen und zwar zum provisorischen Kurse von 1,25 Francs für die Mark; jedoch behalten die alliierten Regierungen sich das absolute Recht vor, später den Austausch der Markbeträge gegen französische oder belgische Franken zu den gleichen oder gegen Lieferung von Geld-Währungswerten auf der Basis von 1,25 Francs für die Mark zu fordern.

Auslieferung der russischen Kriegsschadigungen.

Berlin, 5. Dez. Eine Reihe ernsthafter Blätter hatte, gestützt auf eine Meldung der Deutschen volkswirtschaftlichen Korrespondenz, die Nachricht gebracht, daß entgegen dem Artikel 19 der Waffenstillstandsbedingungen, wonach das von Rußland und Rumänien an Deutschland gezahlte Gold zurückzuerstatten sei und zwar zu Händen der Entente, die Reichsbank auf Verlangen der gegenwärtigen Regierung 240 Millionen Mark zurückerstattet habe, aber nicht an die Entente, sondern an die bolschewistische Regierung in Moskau. Demgegenüber wird festgestellt, daß die Reichsbank auch nicht einen Pfennig Gold an die bolschewistische Regierung gelangen ließ. Die Reichsbank hat vielmehr in gleicher Ausführung des Artikels 19 des Waffenstillstandsvertrags 93 586 Kilogramm Feingold im Betrage von rund 346 Millionen Mark nach Frankreich geschickt. Die Sendung ist unterwegs nach Paris. Die deutsche Waffenstillstandskommission: Staatssekretär Erzberger, Vorsitzender.

Zur Waffenstillstands- und Friedensstige.

Wahrscheinliche Verlängerung des Waffenstillstands.

London, 5. Dez. (Reuter.) Die interalliierte Konferenz besprach die Dauer des Waffenstillstandes, der wahrscheinlich verlängert werden wird. Die allgemeine Friedenskonferenz wird in Paris wahrscheinlich Ende Januar stattfinden.

Ausweisung Deutscher aus Straßburg.

Berlin, 5. Dez. Der französische Kommandant von Straßburg hat etwa hundert deutsche Bürger ausgewiesen

Seid eingedenk der Heldentaten unserer heimkehrenden Krieger!

Amtliche Bekanntmachungen.

Berkehr mit Gemüse und Obst.

Die Landesverforgungsstelle hat nach Anhörung ihres Preisanschlusses ihre Verfügung über Herbstgemüse und Herbstobst vom 22. August d. J., durch welche der Absatz, der Erwerb und die Beförderung von Herbstgemüse und Herbstobst in weitem Umfang von behördlicher Genehmigung und Ausfertigung von Beförderungsscheinen abhängig gemacht war, durch die im amtlichen Teil des Staatsanzeigers Nr. 276 veröffentlichte Verfügung vom 18. d. M. dahin abgeändert, daß der Absatz, der Erwerb und die Beförderung von Herbstgemüse in frischem oder irgendwie haltbar gemachtem Zustand innerhalb des württembergisch-hohenzollerischen Versorgungsgebietes ohne Genehmigungs- und Beförderungsscheine zulässig ist und nur noch dann von einem durch die Landesverforgungsstelle auszustellenden Beförderungsscheine abhängig ist, wenn der Absatz usw. nach Orten außerhalb des württembergisch-hohenzollerischen Versorgungsgebietes erfolgt.

Um die jetzt noch käuflichen Mengen an Frischobst den Bedarfsgemeinden zur Abgabe an ihre Einwohner zuzuführen, sind durch die im amtlichen Teil des Blattes weiter abgedruckte Bekanntmachung der Landesverforgungsstelle über Ankauf von Frischobst vom 18. d. M. die zugelassenen Obstgroßhändler ermächtigt worden, das noch vorhandene käufliche Frischobst auf Grund eines von der Landesverforgungsstelle ohne Antragskarte auszustellenden Beförderungsscheins anzukaufen. Das so erworbene Obst ist den Be-

darfsgemeinden nach Weisung der Landesverforgungsstelle zwecks geregelter Verteilung zuzuführen.
Calw, den 28. November 1918.
Oberamtmann G. S.

Kriegsgefangene.

Die Herren Ortsvorsteher wollen umgehend, spätestens bis 8. Dezember d. J., hierher berichten, wieviele Kriegsgefangene und Wachtmannschaften (getrennt) sich in ihrer Gemeinde befinden.
Calw, den 4. Dezember 1918.
Oberamtmann G. S.

Verfügung der Wirt. Landesgetreidestelle betreffend das Ausdreschen des Getreides.

Auf Grund des § 5 Abs. 3 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 (RGBl. S. 435) und § 1 Abs. 7 der Vollzugsverordnung htezu vom 6. August 1918 (Staatsanzeiger Nr. 187) wird zur Sicherstellung unserer Mehl- und Brotversorgung verfügt:

Sämtliches Getreide muß längstens bis 15. Dezember d. J. ausgedroschen werden. In besonderen Fällen kann der Kommunalverband (Oberamtsvorstand, Stadtschultheißenamt) die Ausdreschfrist ausnahmsweise verlängern. Anträge hierauf wären unter näherer Angabe der Gründe durch Vermittlung des Ortsvorstehers an den Kommunalverband zu richten.

Die Besitzer von Getreide, welche dieser Aufforderung nicht nachkommen, haben Zwangsmaßnahmen zu gewärtigen.

Auch könnten ihnen die besagten Kosten der Feststellung und der Abnahme ihrer Getreidevorräte auferlegt werden, die dadurch entstehen, daß das Getreide nicht rechtzeitig ausgedroschen wurde.

Die Kommunalverbände haben anzuordnen, daß sämtliches Getreide, soweit es die landwirtschaftlichen Betriebsunternehmer nicht selber zur Ernährung, zur Saat oder zur Verfütterung zurückbehalten und verbrauchen dürfen, sofort nach dem Ausdresch, spätestens nach dem Ablauf der Ausdreschfrist abgeliefert wird.
Stuttgart, den 22. Nov. 1918. Springer.

Bekanntmachung des Landesamts für Arbeitsvermittlung.

Der Arbeitsnachweis für die kaufmännischen und technischen Privatangestellten beim Landesamt für Arbeitsvermittlung hat Zweigstellen in Ulm, Heilbronn und Reutlingen errichtet. Es bestehen somit nunmehr Vermittlungsstellen für Privatangestellte in

Stuttgart, Anschreiben an Städt. Arbeitsamt, kaufmänn. Abteil.
Ulm, " " " " " "
Heilbronn, " " " " " "
Reutlingen, " " " " " "

Die Arbeitgeber werden aufgefordert, offene Stellen für kaufmännische und technische Angestellte jeweils umgehend bei der nächstgelegenen der oben angeführten Vermittlungsstellen anzumelden.

Stuttgart, den 25. November 1918. Fischer.

und in Mehl über die deutschen Linien abschleppen lassen. Unter den Ausgewiesenen befindet sich eine große Anzahl angesehener Persönlichkeiten: Kaufleute, Anwälte, ein Oberschulrat und 9 Dozenten der Straßburger Universität. Die Ausgewiesenen mußten Straßburg unter Zurücklassung ihrer Habe innerhalb 24 Stunden verlassen und kamen ohne Barmittel in badischem Gebiet an. Die Reichsregierung hat durch die Waffenstillstandskommission telegraphisch zunächst 10 000 Mark für eine Hilfsaktion der badischen Regierung zur Verfügung gestellt und wird nach Bedürfnis weitere Mittel bereit halten.

Der Verkehr nach dem linken Rheinufer gesperrt.
Köln, 5. Dez. Vom 5. Dezember ab, mittags 12 Uhr, ist der gesamte Personen- und Güterverkehr von der linken nach der rechten Rheinseite gesperrt.

Der letzte Abschied der Truppen vom linken Rheinufer.

Köln, 4. Dez. Als letzte geschlossene Formation verließ heute nachmittags kurz nach 4 Uhr das Infanterieregiment Nr. 371 die Stadt und zog über die Domburgen ins Bergische Land. Aus diesem Anlaß wurde eine Abschiedsfeier vor dem Südportal des Domes veranstaltet. Beigeordnet Obermann gab den scheidenden Truppen die feste Versicherung, daß wie auch die Verhältnisse sich gestalten mögen, das linke Rheinufer deutsch bleiben und ein untrennbarer Bestandteil des deutschen Reiches sein werde. Der Regimentskommandeur erwiderte mit einer kurzen Dankrede mit einem Hoch auf die Stadt Köln. Die Truppen defilierten mit offenen Fahnen in deutschen Farben im Paradezug vorbei und nahmen dann den Weg über die Domburgen unter großem Jubel der Bevölkerung. Der Abschied war äußerst herzlich und bleibt eine unvergeßliche Erinnerung.

Die Polen in Posen.

Posen, 3. Dez. Nach einem Bericht des polnischen Volkstages wurde der polnische Teilgebetslandtag heute Vormittag um 10 Uhr feierlich durch den Erzbischof von Posen-Ernest eröffnet. — Die Polen in Posen fühlen sich also schon als selbständiger Staat.

Internierung der Mackensen-Armee.

Budapest, 5. Dez. Generalstabschef der Armee Mackensen, Oberst von Schwarzkoppen, hat vorgestern in Budapest die Verhandlungen über die technische Durchführung der Internierung der Mackensen-Armee mit der ungarischen Regierung aufgenommen. Die Nachricht, daß der in Siebenbürgen befindliche Teil der Mackensen-Armee vor dem General Berthelot die Waffen gestreckt habe, entspricht nicht den Tatsachen. General Berthelot hat im Verlaufe der mit ihm gepflogenen Verhandlungen erklärt, daß er zwar auf der Durchführung des Waffenstillstandsvertrages bestehe, daß er sich aber für die Durchführung der Waffenstreckung desinteressiert und sie im Sinne des Waffenstillstandsvertrages der ungarischen Regierung überlasse.

Die russische Sowjetregierung sucht Frieden mit der Entente.

Frankfurt, 4. Dez. Aus London berichtet der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ laut „Frankf. Ztg.“: Der englische Journalist Ransome meldet aus Stockholm: Der frühere Gesandte der Sowjetrepublik in London ist gestern abend hier angekommen und hat mir einen Besuch gemacht. Er ist offiziell zum Handelsattaché in Skandinavien ernannt, aber in Wirklichkeit ist er ermächtigt, Unterhandlungen mit England zu führen, wenn es dazu kommen sollte. Er sagte dem Korrespondenten der „Frankf. Ztg.“: Wir wollen Frieden. Ich weiß nicht, was die Alliierten von uns wollen, aber wir sind bereit, auf allen Gebieten, außer in den rein inneren Angelegenheiten Konzessionen zu machen. Eine unver-

zügliche Bezahlung unserer Schuld ist unmöglich, aber es würde eine Verständigung zustande kommen können auf der Grundlage von Handels- und Minen-Konzessionen, Auslieferung des Goldes, das im Inlande ist usw. Wir haben auch Flachs, Holz und andere Rohstoffe, die wir der Entente liefern könnten. Wir unsererseits haben Bedürfnis an Maschinen, die allein England uns liefern kann. — Wir bezweifeln, daß die Entente mit den Bolschewisten verhandelt.

Vermischte Nachrichten.

Die Auflösung des Richtighofen-Geschwaders.

Das berühmteste deutsche Jagdgeschwader Richtighofen demobilisiert zur Zeit in Wschaffenburg. Seit Gründung des Geschwaders haben die in ihm vereinigten Jagdstaffeln über 900 Abschüsse erzielt, 118 Offiziere und 4 Mannschaften durch Tod verloren und über 1300 Offiziere durch schwere Verwundung eingebüßt. Nicht weniger als 39 Offiziere sind Träger des Pour le mérite. Die erste Forderung des Franzmannes bei den Waffenstillstandsverhandlungen war die Auslieferung dieser rotgekleideten verhassten Flugzeuge.

Die österreichischen Sozialisten für Abschaffung des Adels.

Wien, 5. Dez. Der „Sozialdemokratischen Korrespondenz“ zufolge, brachten die Sozialdemokraten in der gestrigen Nationalversammlung Gesetzesanträge betreffend die Aufhebung des Adels, der Titel und Orden, sowie betreffend die Abschaffung der Familienfideikommission ein. Grundsätzlich gegenüber feindlichen Offizieren im besetzten Gebiet.

Berlin, 3. Dez. Dem „Schwab. Merkur“ wird gemeldet: Angesichts des vom belgischen Kommandanten in Fällisch und Machen erlassenen Befehls, daß die Zivilisten bei Herannahen belgischer Offiziere den Bürgersteig zu verlassen und den Hut zu ziehen haben, könnte man versucht sein, darauf hinzuweisen, daß auch deutscherseits in Polen ein ähnlicher Befehl erlassen worden sei. Hiezu erfahren wir jedoch, daß eine derartige Anordnung deutscherseits in Polen nicht allgemein und von vorneherein erlassen wurde. Nur in einzelnen Gebieteilen, in denen sich die Bevölkerung besonders auffällig zeigte, ist vorübergehend ein solcher Befehl von deutschen Kommandanten erlassen worden, wurde jedoch immer von der übergeordneten Stelle sofort wieder aufgehoben.

Belgien wird von Amerika versorgt.

Amsterdam, 3. Dez. Nach einem hiesigen Blatt ist der amerikanische Lebensmittelkontrolleur Hoover am Freitag in Brüssel angekommen, wo er mit der belgischen Regierung verhandelte. Hoover erklärte, daß die Vereinigten Staaten Belgien auch während der nächsten Monate Kredite einräumen würden.

Flugdienst für die Friedenskonferenz.

(W.B.) Amsterdam, 4. Dez. Dem „Allg. Hbds.-Blad“ zufolge schreibt die „Times“, daß wegen der übermäßigen Belastung der Telegraphenlinien beabsichtigt sei, für die Friedenskonferenz einen regelmäßigen Flugdienst einzurichten, dessen sich auch die Presse für ihre Telegramme bedienen könne.

Deutschland.

Herr Eisner wird gebrängt.

(W.B.) München, 5. Dez. Vor dem Ministerium des Äußern am Promenadenplatz fand gestern mittag eine Demonstration statt. Von der Kaserne des Pionierbataillons zog ein Demonstrationstrupp geschlossener Front- und Heimatruppen unter Vorantragung einer schwarz-rot-goldenen Fahne nach dem Ministerium des Äußern. Dort begab sich eine Abordnung der Pioniere zum Ministerpräsidenten, der sie im Beisein des Gesamtministe-

riums empfing. Der Sprecher, der erklärte, daß hinter den Demonstranten die gesamte Münchener Garnison stehe, forderte das Ministerium auf, um antirevolutionäre Propaganda unmöglich zu machen, sofort den Termin der Nationalversammlung für den Volksstaat Bayern bekannt zu machen. Ministerpräsident Eisner versicherte, daß in den nächsten Tagen bereits der Termin für die Nationalversammlung dem Volke bekanntgegeben werde. — Auch die Minister Auer und Kofhauer sprachen im gleichen Sinne. Darauf begab sich der Ministerpräsident auf die Straße und wiederholte dort den Pionieren und der angesammelten Bevölkerung seine Zusicherungen.

Die Deutsche Demokratische Partei für Einberufung des Reichstags.

(W.B.) Hamburg, 4. Dez. Die Deutsche Demokratische Partei sandte an die Volksbeauftragten Ebert und Haase ein Telegramm, in dem die sofortige, keine Stunde mehr aufzuschiebende Einberufung des Reichstags als der auf demokratischer Grundlage gewählten Vertretung des deutschen Volkes mit der alleinigen Tagesordnung „Legalisierung des geschlossenen Zustandes“ gefordert wird. Nur noch die Bestätigung der bestehenden Regierung als einer von dem Willen des ganzen Volkes getragenen könne helfen.

Antwort Fehrenbachs an Haase.

(W.B.) Freiburg, 3. Dez. Auf das Telegramm der Reichsleitung an den Präsidenten des Reichstags, Fehrenbach, hat dieser folgendes geantwortet: Auf Grund der Revolution können Sie sich für ermächtigt halten, den Reichstag aufzulösen. Ich würde dagegen protestieren, aber mich fügen. Solange Sie ihn aber nicht auflösen, sind Sie trotz Revolution an die für ihn geltenden gesetzlichen Bestimmungen gebunden. Nach Ihrer Rechtsauffassung könnten Sie sich ebenso gut über beliebige Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches oder des Prozeßrechtes hinwegsetzen. Ihr Vorgehen bedeutet die gefesselte Willkürherrschast. Dagegen protestiere ich. Fehrenbach, Reichstagspräsident.

Unruhen in Essen.

Essen, 4. Dez. Der Platzkommandant tritt mit Gestern Mittag um 12 Uhr versuchten am Bahnhofsvorplatz mehrere jugendliche Offiziere die rote Fahne von der Hauptpost und dem Empfangsgebäude zu entfernen. Dabei kam es zu einer Schießerei und einigen Verwundungen. Die Ruhe und Ordnung in Essen ist dadurch nicht gestört.

Arbeitslosigkeit in Berlin.

Berlin, 5. Dez. Die Berliner Gewerkschaften melden in den letzten Tagen hohe Arbeitslosenziffern. Innerhalb einer Woche ist die Zahl allein der arbeitslosen Bauarbeiter von 500 auf annähernd 1000 gestiegen. Bei den Holzarbeitern betrug sie in der vorigen Woche 16 000. Sie ist seitdem rapid angewachsen. Bei den Metallarbeitern sind weit über 5000 Arbeitslose vorhanden. Infolge der Ueberfüllung der 23 städtischen Aufnahmestellen für Arbeitslose ist vom Berliner Magistrat eine 24. Stelle eingerichtet worden. In Charlottenburg bewilligte die Stadtverordnetenversammlung 10 Millionen für Arbeitsbeschaffung.

Unbedingte Pressefreiheit.

Berlin, 4. Dez. In letzter Zeit haben sich die Klagen über unrechtmäßige Eingriffe in bürgerliche Zeitungsbetriebe gemehrt. In allen solchen Fällen ist von der Reichsregierung sofort eingeschritten worden. Den daran beteiligten A- und S.-Räten ist kein Zweifel darüber gelassen worden, daß die Reichsregierung auf unbedingter Innehaltung der von ihr verkündeten Pressefreiheit besteht.

Aus Stadt und Land.
Calw, den 5. Dezember 1918.

Das Eiserne Kreuz.

Christian Beißer, Sohn des Maschinenstrickers Christians Beißer von hier, hat das eiserne Kreuz erhalten.

Sprechstunden im Arbeitsministerium.

Der Arbeitsminister Dr. Lindemann sowie der Ministerialdirektor und die Berichterstatter des Arbeitsministeriums werden Personen, die sie in dienstlichen Angelegenheiten zu sprechen wünschen, täglich zwischen 11 und 1 Uhr empfangen. Anmeldung im Zimmer 5 des Arbeitsministeriums. Außerhalb der bezeichneten Zeit und ohne vorausgegangene Anmeldung können Besuche nicht angenommen werden. gez. Lindemann.

Fahrplanänderungen.

Ab sofort treten nachstehende Fahrplanänderungen auf den Strecken Stuttgart-Calw, Calw-Pforzheim und Pforzheim-Wilbhad ein:

Strecke Stuttgart-Calw: Es verkehren: Pz. 874 Stuttgart-Calw Werktags: Stuttgart H. ab 2.55 Uhr n., Feuerbach ab 3.03 Uhr, Zuffenhausen ab 3.16 Uhr, Korntal 3.24 Uhr, Ditzingen 3.31 Uhr, Höfingen 3.39 Uhr, Leonberg 3.50 Uhr, Rutesheim 3.58 Uhr, Renningen 4.06 Uhr, Malmshausen 4.10 Uhr, Weil der Stadt 4.16/4.21 Uhr, Schaffhausen ab 4.32 Uhr, Ostelsheim 4.42 Uhr, Althengstett 4.53 Uhr, Calw an 5.07 u.

Pz. 1775 Renningen-Stuttgart: Renningen ab 7.20 Uhr v., Rutesheim 7.25 Uhr, Leonberg 7.33 Uhr, Höfingen 7.39 Uhr, Ditzingen 7.46 Uhr, Korntal 7.55 Uhr, Zuffenhausen 8.01/8.03 Uhr, Feuerbach ab 8.09 Uhr, Stuttgart Nord 8.13 Uhr, Stuttgart Hbf. an 8.20 Uhr v. Es fallen aus: Pz. 870 Stuttgart-Calw Werktags: Stuttgart Hbf. ab 5.14 Uhr n., Calw an 7.16 Uhr n. Pz. 872 Stuttgart-Renningen Werktags vor Feiertag: Stuttgart Hbf. ab 5.06 Uhr n., Renningen an 6.22 Uhr n. Pz. 882 Stuttgart-Leonberg Werktags: Stuttgart Hbf. ab 9.56 Uhr n., Leonberg an 10.45 Uhr n. Pz. 1773 auf der Strecke Zuffenhausen-Stuttgart Werktags: Zuffenhausen ab 5.56 v., Stuttgart Hbf. an 6.12 Uhr v.

2. Strecke Calw-Pforzheim. Es verkehren: Pz. 925 Pforzheim-Calw Werktags: Pforzheim ab 4.46 Uhr n., Brühlingen 4.53 Uhr, Dillstein 4.58 Uhr, Dillweissenstein 5.04 Uhr, Gruhbach-Salmbach 5.12 Uhr, Unterreichenbach 5.23 Uhr, Monbach-Neuhäuser 5.31 Uhr, Bad Liebenzell 5.38 Uhr, Ernstmühl 5.45 Uhr, Hirfau 5.51 Uhr, Calw an 5.58 Uhr n. Es fallen aus: Pz. 929 Pforzheim-Calw Werktags: Pforzheim ab 6.13 Uhr n., Calw an 7.11 Uhr n.

3. Strecke Pforzheim-Wilbhad. Es verkehren: Pz. 969 Pforzheim-Wilbhad Werktags: Pforzheim ab 4.44 Uhr nachm., Weßlingen ab 4.50 Uhr, Wilsenfeld 4.56 Uhr, Engelsbrand 5.04 Uhr, Neuenbürg 5.11 Uhr, Neuenbürg-Stadt 5.14 Uhr, Rotenbach 5.21 Uhr, Höfen 5.28 Uhr, Calmbach 5.35 Uhr, Wilbhad an 5.43 Uhr n. Es fallen aus: Pz. 971 Pforzheim-Wilbhad. Pforzheim ab 2.30 Uhr n., Wilbhad an 3.27 Uhr n. Pz. 988 Wilbhad-

Pforzheim. Wilbhad ab 4.47 Uhr n., Pforzheim an 5.35 Uhr n. Pz. 975 Pforzheim-Wilbhad Werktags: Pforzheim ab 6.18 Uhr nachm., Wilbhad an 7.17 Uhr n.

Ablieferung von Schlachtvieh.

Die Zentralstelle für die Landwirtschaft ersucht uns, folgenden Artikel aus dem „Landwirtschaftlichen Wochenblatt“ No. 48 im Interesse der Landwirte zu übernehmen:

Die Landesviehsammelstellen sind in letzter Zeit mit Schlachtvieh in einem Umfang überlastet worden, daß ein erheblicher Teil in wenig wirtschaftlicher Weise verwertet werden mußte. Dabei wird von vielen Landwirten auf die vermehrte Abnahme von Schlachtvieh gedrängt. Als Grund wird in der Regel Futtermangel angeführt; dem Vernehmen nach dürften aber in sehr vielen Fällen die starken Schlachtviehablieferungen dadurch veranlaßt werden, daß eine Senkung der Schlachtviehpreise oder im Falle sehr unruhiger Zeiten sogar eine Herausnahme von Vieh ohne Bezahung beabsichtigt wird. Diese Befürchtungen dürften nicht begründet sein, denn es ist wohl in allerletzter Linie beim Vieh eine Preisentwertung in Aussicht zu nehmen; weiter dürfte in Zeiten, in denen das Eigentum im Viehstall nicht mehr gesichert ist, auch anderes Eigentum einschließlich des Geldes gefährdet sein. Zutreffend ist, daß in einzelnen Bezirken des Landes Futtermangel herrscht. Dieser Mangel ist aber durchaus nicht allgemein. Es ist weiter zu berücksichtigen, daß infolge des Kriegsendes jedem einzelnen Landwirt sowohl Heu als auch Stroh in erheblich geringerer Maße entzogen werden muß, als dies im Falle der Fortdauer des Krieges der Fall gewesen wäre. Bei dieser Sachlage liegt eine bringende Notwendigkeit, Schlachtvieh in größerem Umfang alsbald abzulassen, nur in Ausnahmefällen vor. Es liegt im Interesse der Landwirte, auf die sofortige Ablieferung von Schlachtvieh nicht allzu sehr zu drängen und das Vieh, wenn irgend möglich, so lange zu behalten, bis es gebraucht wird. Dieser Zeitpunkt wird in nicht allzu ferner Zeit ohne Rücksicht darauf eintreten, ob jetzt Schlachtvieh in größerer Menge abgestoßen wird oder nicht. Wird jetzt sehr viel Vieh verkauft, so ist mit Bestimmtheit in Aussicht zu nehmen, daß später das erforderliche Schlachtvieh nicht mehr in dem notwendigen oder erwünschten Umfang aufgebracht wird, daß die Landwirte sich über zu starke Anforderungen beklagen, sowie daß Zwangsmaßnahmen angewendet werden müssen. Auf das derzeitige Verlangen nach einer vermehrten Viehabnahme würden, sofern diesem Verlangen Rechnung getragen wird, sehr bald Klagen und Beschwerden der Landwirte über zu starke Anforderungen an die Viehbestände folgen. Es muß daher den Landwirten empfohlen werden, den augenblicklichen Verhältnissen Rechnung zu tragen und in allen Fällen, in denen dies möglich ist, auf die alsbaldige Ablieferung von Schlachtvieh nicht besonders zu drängen und sich auf die verlangten und unbedingt notwendigen Ablieferungen zu beschränken, damit Anforderungen in späterer Zeit befriedigt werden können.

Konsumvereinstagung.

(S.E.V.) Stuttgart, 2. Dez. Der Verband würt. Konsumvereine hielt gestern im „Charlottenhof“ eine aus allen Teilen des Landes stark besuchte Landeskonferenz unter dem Vorsitz von

Kanzleirat H. Gauß ab, der bei der Einleitung der Verhandlungen die selbstverständliche Bereitwilligkeit der würt. Konsumvereine erklärte, die vorläufige Regierung in der Ernährungsfrage nach Kräften zu unterstützen. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Verbandes, Redakteur Feuerstein, sprach über „Die Konsumvereine und ihre organisatorische und wirtschaftliche Entwicklung im neuen Deutschland“. Einen weiteren Vortrag hielt Direktor Biedmeier vom Spar- und Konsumverein Stuttgart über: „Die Verfügungen und Vereinbarungen über die achtstündige Arbeitszeit“. In der nachfolgenden lebhaften Erörterung, an der sich auch der als Gast den Verhandlungen beizuhende Genossenschaftler Geh. Legationsrat Barbon von Hermann beteiligte, kam die einmütige Zustimmung der Versammlung zu den Vorträgen zum Ausdruck. Es wurde einstimmig eine Entschließung gefaßt, worin die Erwartung ausgesprochen wird, daß bei der endgültigen Neuordnung unserer staatlichen und gemeindlichen Verhältnisse den Konsumvereinen die Möglichkeit freier Entwicklung im Interesse des Volksganges so bald wie möglich gesichert wird. Die Konsumvereine verlangen vor allem eine ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung entsprechende Vertretung in den Verwaltungs- und öffentlich-rechtlichen Körperschaften des Landes (Zentralstelle für Gewerbe und Handel, Handelskammern). Die bestehenden acht Handelskammern des Landes sollen auf mindestens vier herabgesetzt und zu Wirtschaftskammern umgestaltet werden, denen besondere Abteilungen für genossenschaftliche Verbrauchervereinigungen angegliedert werden, und zwar auf Vorschlag des Verbandes würt. Konsumvereine durch Wahl oder Berufung. Die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit anerkennen die Konsumvereine grundsätzlich, erwarten aber, daß ihnen auch die Möglichkeit gegeben wird, für die dadurch herbeigeführten außerordentlichen finanziellen Belastungen ihrer Betriebe einen entsprechenden Ausgleich zu finden. Deshalb muß schon in der Uebergangszeit der Abbau der behördlichen Warenverteilungsstellen und deren teilweise Uebertragung auf die bestehenden Konsumvereine in Angriff genommen werden. Esforderlich ist weiterhin, daß die achtstündige Verkaufszeit ausnahmslos für alle offenen Verkaufsstellen gültig ist. Die gesetzgebenden Körperschaften des Reichs und des Landes müssen die baldmöglichste Herbeiführung der vollkommenen geschäftlichen Bewegungsfreiheit der Konsumvereine als eine ihrer nächsten Hauptaufgaben ansehen. — In den 90 Konsumvereinen mit rund 150 000 genossenschaftlich organisierten Mitgliedern, d. h. 150 000 Familien mit mindestens 600 000 Angehörigen ist ein Viertel der gesamten würt. Bevölkerung eingeschlossen.

(S.E.V.) Stuttgart, 4. Dez. Das Stuttgarter „Neue Tagblatt“ bringt heute an hervorragender Stelle eine Erklärung des Verlags und der Schriftleitung, wonach diese Zeitung sich der Deutschen Demokratischen Partei, in der sich die Nationalliberalen und die Fortschrittliche Volkspartei zusammengefunden haben, anschließt.

Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Seltmann, Calw. Druck und Verlag der A. Delschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Stadtgemeinde Calw.
Die auf Buttermarke Nr. 1 bestellte
Butter
kann gekauft werden.
Calw, den 5. Dezember 1918.
Stadtschultheißenamt: A. V. G ö h n e r.

Ankauf
von
getragenen Kleidern und Schuhen
Freitag Nachmittag 2—4 Uhr in der Oberamtspflege.

Meyers
Konversationslexikon
(H. Meyer) 3 Bände, sehr schön erhalten, zu verkaufen.
Neuhäusergasse 331.
Einen fast neuen
Lichtbilder-Apparat,
sowie ganz neuen
Ausfärg-Rasten
verkauft
Lederstraße 157.

Gebrauchten, größeren
Reiseforbod. Koffer
sucht zu kaufen.
Wer, sagt die Geschäftsst. ds. Bl.

Auf 1. April
2—3 Zimmer=
Wohnung
v. alleinstehender Person g e s u c h t
Näheres in der Geschäftsst. d. Bl.
Zu vermieten ein
Zimmer
mit Kochofen und eine
Bühnenkammer.
Näheres **Ronnengasse 144.**

Gebrauchtes, guterhaltenes
Bett
zu verkaufen.
Mühlweg 240, 1 Treppe.

Ein- und Zweispänner-
Fuhren
aller Art werden billigst
ausgeführt.
A. Luz, Telefon 6.

**20000 Meter
Drahtgeflecht,**
viereckig, sofort lieferbar
abzugeben.
Chr. Pfeiffer, Pforzheim,
Maschinenfabrik,
Durlacherstraße 22.

**Futterschneid-
Maschine**
für Hand- und Kraftbetrieb mit
Transmission und Welle, gut er-
halten zu verkaufen.
Lederstr. 96, Telefon 6.

Besseres
Mädchen
in Küche und Haushalt durchaus
selbständig und erfahren (kindert.
Kriegswitwe nicht ausgeschloffen)
für Arzt-Haus auf 15. Dezember
gesucht. Angeb. mit Zeugnissen an
Frau Dr. Finke, Pforzheim,
Lindenstraße 10.

Selbständige
Monteure und Helfer
für elektrische Licht- u. Kraftanlagen,
sofort gesucht.
Zu melden bei Obermonteur Krentel, Althengstett.

Nach Stuttgart zu 2 Kindern
kindertleibes
Fräulein
gesucht.
Schriftl. Angebote an die Ge-
schäftsstelle des Blattes.

Suche auf 1. Jan. spätestens ein
Mädchen
das schon gebiert hat.
Frau D.-A.-Tierarzt Pfeiffer,
Stuttgarterstraße.

Auf 1. Januar wird ein der
Schule entlassenes
Laufmädchen
gesucht.
Von wem, sagt die Geschäfts-
stelle des Blattes.

Braves
Dienstmädchen
für Haus- und Gartenarbeit, mit
guten Zeugnissen, auf Witte Sanitar
gesucht von
Frau Obermann, Liebenzell.

Für Freitag oder Samstag
Nachmittags zuverlässige
Putzfrau
gesucht.
Badstraße 361 I

18 jähriges
Mädchen
sucht Stelle
nach Calw ob. Umgebung.
Nähere Auskunft
Fengstetterstr. 438.

Bekanntmachung

des
Württ. Kriegsministeriums.

Nr. 18018 R. 18 U. L.

Betr. Maßnahmen gegen Diebstähle usw.
von Heeresgut.

Die fortgesetzten Verraubungen von Eisenbahnwagen, in denen Heeresgut befördert wird, der unrechtmäßige Verkauf von der Heeresverwaltung gehörenden Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen, sowie Lebensmitteln durch Soldaten und sonstige an militärischem Eigentum begangenen Diebstähle aller Art haben eine Erweiterung der Tätigkeit der militärischen Nach- und Abschubüberwachungsstelle Stuttgart (Militärpolizei für Ueberwachung von Heeresgut) erforderlich gemacht.

Diese in der Jetztzeit dringend erforderliche Maßnahme kann jedoch einen durchgreifenden Erfolg nur dann erzielen, wenn nicht nur alle militärischen Dienststellen, sondern auch alle Kreise der Zivilbevölkerung mit dazu beitragen, derartige die Allgemeinheit aufs Schwerste schädigenden Ausschreitungen zu verhindern und zur Kenntnis der zuständigen Behörde zu bringen.

Es ergeht daher an die Arbeiter- und Soldatenräte und die gesamte Zivilbevölkerung die dringende Aufforderung, alle zu ihrer Kenntnis gelangenden Fälle derartiger Ausschreitungen mit größter Beschleunigung und ohne Ansehen der Person dem stellv. Generalkommando zur Anzeige zu bringen.

Stuttgart, den 28. November 1918.

gez. Fischer.

Bekanntmachung

des

stellv. Generalkommandos XIII. U.-R. (W.)

Nach zuverlässigen Nachrichten erkennen die Gegner im besetzten Gebiet die von Soldatenräten unterschriebenen, gegengezeichneten oder gestempelten Entlassungspapiere nicht an und internieren die Inhaber.

Inhaber solcher Entlassungsscheine können sich von der Dienststelle, die sie entlassen hat, ordnungsmäßige Entlassungspapiere mündlich oder schriftlich unter Vorlage der unrichtigen erbitten.

gez. Linje, S. A. gez. v. Stroebel
Bevollm. Mitgl. des Ld.-Ausch. d. Generalmajor.
Soldatenrates beim stellv. Generalkommando XIII. (W.) U.-R.

Bekanntmachung

des

stellv. Generalkommandos XIII. U.-R.

Der Verkauf des Entlassungsanzuges einschließlich Stiefel, den die Mannschaften unentgeltlich bekommen, oder einzelner Stücke davon, ist vor Ablauf von 6 Monaten seit der Abgabe verboten. Bei Zuwiderhandlungen macht sich sowohl der Verkäufer als auch der Käufer strafbar.

Der Soldatenrat, S. A. v. Stroebel, Generalmajor.
S. A. Linje,
Bevollm. Mitgl. d. Ld.-Ausch. d. Soldatenrates beim stellv. Generalkommando XIII. U.-R. (Württ.)

Pferde-Versteigerung.



Am 5. Dezember 1918 werden täglich bis auf Weiteres von vormittags 9 Uhr ab in Ludwigsburg auf dem Reithausplatz

Pferde jeden Schlages

zu den bekannten Bedingungen der Heeresverwaltung an den Meistbietenden verkauft. Halfter sind mitzubringen. Kriegsanleihe wird bis zu vollen Hundertmarkbeträgen des Kaufpreises in Zahlung genommen. Händler sind vom Verkauf ausgeschlossen.

1. Ersatz-Pferde-Depot Ludwigsburg, Reithausplatz.

<p>Zavelstein. Eine starke, fehlerfreie Fahr- Ruh mit dem 2. Kalb verkauft Ulrich Koller.</p>	<p>Neuhengstett. Eine 39 Wochen trüchtige Schaffkuh, sowie ein 10 Wochen trüchtiges Zuchtrind verkauft Christian Soulier, Bäcker.</p>
---	--

Gustav Adolf Frauen-Verein.

Freitag, den 6. ds. nachm.
1/8 Uhr im Kaffeehaus.

Gebr. Nähmaschinen aller Systeme.

tells wie neu in jeder Preislage.
Auskunft kostenlos.

Steph. Gerster, Reutlingen
Reparaturen v. sämtlichen Nähmaschinen werden wieder angenommen. D. D.

Echt wollene

Einfäßligen

sind zu haben bei

W. Entenmann.

Cigarrren

für Wirte

und Wiederverkäufer

empfiehlt

Hermann Weiser Marktplatz.

Stammheim.

1 Paar

Zug=



Dahsen

sowie eine

Winde

85cm hoch, 4000kg Tragkr.
verkauft

Fritz Kober.

Der unsichtbare Mensch.

In einer aufregenden wissenschaftlichen und doch allgemeinverständlichen Schrift über Leben und Tod, Gott und Unsterblichkeit beweisen zwei Naturwissenschaftler, daß der sichtbare und vergängliche Menschenleib eine Schöpfung seines meist unsichtbaren Bestandteiles sei, der du sichtbaren bewohnt, ihn von innen lenkt und zu gewissen Zeiten und beim Tode ihn verläßt, aber imstande ist, sich einen neuen, sichtbaren Menschenleib wieder aufzubauen. Diese Erkenntnis beruht auf strengwissenschaftlichen Versuchen und Beobachtungen und wirkt endlich Licht auf den nie erlöschenden Volksglauben an Lebenszeichen Verstorbener, die nicht mehr von der Naturwissenschaft bezeugt werden können. Daß die Gewißheit von der Wiederkehr der Toten in neuer Gestalt sogar von solchen kirchenfeindlichen Forschern zugegeben werden muß, ist von ungeheurer Bedeutung für die Menschheit. Das aufsehenerregende Buch ist gegen zwei Mark und 10 Pf. Porto oder Nachnahme von zwei Mark 80 Pf. von Herrn G. Fuhrmann Stuttgart, Reinsburgstr. 2 erhältlich.

Althengstett, den 5. Dezember 1918.

Todes-Anzeige.

Tiebetrübt gehen wir Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Sohn und Bruder



Musketier

Paul Kling

nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 18 Jahren am 3. Dezember im Lazarett in Ludwigsburg sanft entschlafen ist.

In tiefer Trauer:

Familie Jakob Kling.

Beerdigung Sonntag Nachmittag 2 Uhr.

Siehdichfür, den 4. Dezember 1918.

Danksgiving.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, welche wir bei dem Heimgang unserer lieben Schwester, Schwägerin und Tante



Maria Lub,

erfahren durften, besonders für die erhebenden Worte des Herrn Pfarrers, für die vielen Liebesbeweise von Seiten des Jugendbundes und ihrer Altersgenossinnen, für die vielen Kranzspenden, sowie die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte sprechen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank aus

die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Altburg, den 5. Dezember 1918.

Danksgiving.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, bei dem Hinscheiden meiner unvergeßlichen, lieben Tochter



Katharine

für die vielen Blumenspenden, sowie für die Kranzniederlegung der Geschwisterkolleginnen, für den Gesang der Altersgenossinnen, den Altersgenossen als Ehrenträgern, für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers, und für die überaus zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte sage ich von Herzen Dank

Katharine Pfommer Ww. mit ihren Kindern.

Trauer-Drucksachen

aller Art liefert rasch und sauber
die Druckerei dieses Blattes.



Seid eingedenk der Heldentaten
unserer heimkehrenden Krieger!